



Liebe Leserinnen und Leser,

Ein großes Projekt, das mittlerweile über zwei Legislaturperioden hinweg diskutiert wird und an dem zwei CDU-Umweltminister gescheitert sind, hat in dieser Woche seinen Abschluss gefunden. Ich habe für die SPD maßgeblich an dem „[Verpackungsgesetz](#)“ mitgewirkt. Es stecken viele Stunden Arbeit und Gespräche in diesem Gesetz, das eigentlich den klangvollen Namen „[Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen](#)“ trägt und das wir in dieser Woche im Bundestag verabschiedet haben.


Das Verpackungsgesetz beschäftigt sich mit der Frage, was mit unserem Verpackungsmüll geschieht und wie wir ihn verringern können.

Es schafft Klarheit für Kommunen und Verbraucher und verbessert den Ressourcenschutz.

Mit dem Verpackungsgesetz führen wir deutlich höhere Recyclingquoten für Verpackungen aus Plastik, Metall, Glas, Papier, Pappe und Karton ein und erleichtern die Einführung von Wertstofftonnen für eine gemeinsame Sammlung von Abfällen aus Kunststoffen und Metallen. Außerdem errichten wir eine Zentrale Stelle, die den Vollzug und den Wettbewerb besser kontrolliert.

Mit dem Verpackungsgesetz stärken wir außerdem die Gestaltungsrechte der Kommunen bei der Sammlung der gelben Tonnen und

Säcke. Sie können in Zukunft einseitige Vorgaben über die Art des Sammelsystems, der Sammelbehälter und den Abfuhrhythmus machen. Wir haben im parlamentarischen Verfahren erreicht, dass diese Rechte auch tatsächlich vollziehbar sind und nicht von den dualen Systemen sofort streitig gestellt werden können. So können die Kommunen die Sammlung des Verpackungsmülls in Zukunft besser an ihre eigenen kommunalen Strukturen und die Bedürfnisse der Bürger anpassen.

 [Hier](#) meine Rede zur 2./3. Lesung zum Verpackungsgesetz.

Lohngerechtigkeit schaffen: Frauen verdienen 100 Prozent!

Rechnerisch müssen Frauen in Deutschland 2017 zweieinhalb Monate mehr arbeiten, um auf das durchschnittliche Jahresentgelt von Männern zu kommen. Auch bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit erhalten Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger Gehalt als Männer. Um diese Lohndiskriminierung zu beenden, sind transparente und nachvollziehbare Gehaltsstrukturen in Unternehmen unabdingbar.



Denn nur wenn unbegründete Unterschiede im Gehalt sichtbar werden, kann gegen eine Benachteiligung vorgegangen werden.

Mit dem Gesetz haben Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern künftig das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten muss darüber hinaus regelmäßig geprüft werden, ob Frauen systematisch benachteiligt werden. Das [Gesetz](#) für mehr Lohngerechtigkeit ist ein wichtiger Meilenstein hin zu einem fairen Arbeitsmarkt.

Rechtsklarheit bei Wohnimmobilienkrediten

Mit dem vorliegenden [Gesetzesentwurf](#) geht es insbesondere um eine Präzisierung der Umsetzung der EU-Richtlinie für Wohnimmobilienkredite. Bestehende Unklarheiten haben in den vergangenen

Monaten die Kreditvergabe insbesondere für junge Familien, befristet Beschäftigte und Seniorinnen und Senioren erschwert. Wie von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert, sieht der [Gesetzesentwurf](#)

u.a. vor, dass bei den Sicherheiten für ein Darlehen Wertsteigerungen von Immobilien uneingeschränkt berücksichtigt werden dürfen, wenn das Darlehen dem Bau oder der Sanierung der Immobilie dient.



Fahrverbot für laute Güterwagen ab 2020

Das Schienenlärmschutzgesetz wurde in dieser Woche im Bundestag verabschiedet. Ab 2020 sind laute Güterwagenfahrten in Deutschland verboten und damit Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm mehr geschützt. Der Lärm wird an der Quelle deutlich reduziert und die Akzeptanz in der Bevölkerung für den ökologisch

wichtigen Schienenverkehr deutlich erhöht. Der Lärm von Güterzügen soll auf das Maß begrenzt werden, das von leisen Güterwagen mit Verbundstoff-Bremssohlen eingehalten wird. Damit wird der wahrnehmbare Schienenlärm in Deutschland bis zum Jahr 2020 halbiert und gleichzeitig die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene gestärkt.

Laute Güterzüge, die auch nach 2020 nicht umgerüstet sind dürfen nur noch mit deutlich reduzierter Geschwindigkeit fahren, um nicht lauter als umgerüstete Güterzüge zu sein.

Kinderrechte ins Grundgesetz

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich erneut für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ein. Deshalb unterstützen wir eine entsprechende Bundratsinitiative von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Ausdrücklich im Grundgesetz geregelte Kinderrechte sollen das Fundament für eine gute, gerechte, solidarische und zukunftsweisende Kinderpolitik sein. Jetzt muss lediglich noch die Union auf den großen Zug der Befürworter in Zivilgesellschaft, Parteien, Landesregierungen und Bundestagsfraktionen aufspringen.



„Kinderrechte im Grundgesetz sind zum Greifen nah. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt den aktuellen Anlauf von Ministerpräsidentin Kraft aus Nordrhein-Westfalen, Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich zu regeln. Wir wissen, dass eine solche Politik mit zusätzlichen Zukunftsinvestitionen in gute und gebührenfreie frühkindliche Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung und armutsverhindernde Sozialleistungen verbunden ist.

ICH MEINE:

„Kinderrechte müssen grundgesetzlich geschützt werden. Wir brauchen einen Kinderbeauftragten auf Bundesebene!“

Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention dazu verpflichtet zu gewährleisten, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt wird. Das wollen wir jetzt auch an der Basis für unser gesamtes Rechtssystem, also im Grundgesetz, klar und deutlich regeln. Kinder sind beim Einfordern ihrer Rechte stets auf die Unterstützung durch andere angewiesen. Umso wichtiger sind spezielle, eigene und klar formulierte Rechte, die ihnen besonderen Schutz, bestmögliche Förderung und altersangemessene Beteiligung sichern. Damit stärken wir die Rechte und die Interessen von Kindern gegenüber dem Staat und gleichzeitig die Rechte von Eltern. Denn sie sind es, die die Interessen ihrer Kinder im Alltag vertreten und ihre Rechte durchsetzen. Wenn die Union mitmacht, werden wir noch in dieser Legislaturperiode ein gutes Fundament für eine gute Kinderpolitik durch die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz bekommen.

Unterstützung von Autogas

Am 13.03.2017 hat die Bundesregierung ihren neuen Gesetzentwurf zum Stromsteuerrecht vorgestellt. Geplant ist, die Steuerbegünstigung für Flüssiggas für den Betrieb von Autogas, sog. „Autogas, ab 2018 einzustellen. Dies widerspricht der Vereinbarung, die im Koalitionsvertrag getroffen wurde und dürfte zu einer erheblichen Verteuerung der umweltfreundlichen Alternative zu Benzin beitragen. Gerade deshalb wird sich die SPD-Bundestagsfraktion im Gesetzgebungsverfahren dafür einsetzen, dass Autogas auch weiterhin steuerlich begünstigt werden wird.



ICH MEINE:

„Wir müssen das Autogas als kostengünstige und umweltfreundliche Alternative zum Benzin erhalten. Der Wechsel auf Autogas muss sich weiter lohnen!“

DWA-Dialog zum Gewässerschutz



Bei der Veranstaltung mit Kollegin Hiltrud Lotze, MdB.

Foto: Gerhard Weber

Die DWA, Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., hat mich auch 2017 wieder eingeladen, bei ihrer Jahresversammlung dabei zu sein.

Bei der Veranstaltung habe ich die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion zum Wasserschutz vorgestellt. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die Qualität des Wassers in Deutschland den bestmöglichen Schutz bekommt. In diesem Sinne habe in dieser Legislaturperiode nach mehr als zehn Jahren die Klärschlammverordnung verabschiedet. Hierdurch wird sichergestellt, dass in Zukunft ein wichtiger Rohstoff, nämlich Phosphor aus Klärschlamm zurückgewonnen wird. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt muss sichergestellt werden, dass die Belastung durch Schadstoffe so gering wie möglich ist. Um dies zu gewährleisten, ist es am sinnvollsten, dass der Eintrag von Schadstoffen so

gering wie möglich ist. Dies gilt beispielsweise für den Eintrag von Arzneimittelrückständen, Spurenelementen, Mikroplastik, und Nitrat. Als sinnvolle und verbraucherfreundliche Möglichkeit habe ich die Einrichtung eines Rücknahmesystems von Altmedikamenten bei Apotheken vorgeschlagen.

Frühjahrsempfang und Verleihung Otto-Wels-Preis



Michaela Engelmeier, MdB, und Shary Reeves, Genossin und bekannt aus „Wissen macht Ah!“.

Nachdem das Abgeordnetenhaus „Unter den Linden 50“ nach dem großen Sozialdemokraten Otto Wels benannt worden ist, haben wir beim Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion auch den Otto-Wels-Preis verliehen. Zum fünften Mal wurde der Otto-Wels-Preis für Demokratie an acht junge Leute, die kreative Ideen zu dem Motto „Miteinander statt Ausgrenzung“ entwickelt haben, verliehen. Der Preis erinnert an den Mut der 94 SPD-Reichstagsabgeordneten vor 84 Jahren gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu stimmen und an die damit verbundene berühmte Rede des Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion, Otto Wels. Ein tolles Zusammentreffen mit Shary Reeves, die den Abend moderierte. Sie ist Genossin und moderiert die bekannte Kinderwissenssendung „Wissen macht Ah!“ und war erfolgreiche Frauenfußballerin.

2. Kulturempfang der SPD in Hamm

Zum zweiten Mal fand in Hamm der Kulturempfang der SPD-Fraktion statt. Persönliche Begegnungen, kreativer Input und der direkte Gedankenaustausch standen im Mittelpunkt des Empfangs. Neue Wege gehen mit innovativen Projekten sowie Kunst und Kultur in die Mitte der Gesellschaft zu rücken, ist das Ziel der Fraktion. Die rund 120 Gäste bewiesen, dass die Hammer Kulturlandschaft vielfältig und lebendig ist.



Monika Simshäuser (l.), Vorsitzende des Kulturausschusses und Bürgermeisterin und Michaela Engelmeier, MdB.

Besuch des Multikulturellen Forums e. V. aus Lünen

Dieser Besuch war lange geplant und fand nun endlich statt. Ich treffe regelmäßig Leute vom Multikulturellen Forum im Wahlkreis, umso schöner, dass ich Ihnen nun einmal den Bundestag in Berlin vorstellen konnte. Die Gruppe hatte ihre Reise nach Berlin mit dem Thema „Jüdisches Leben in Deutschland“ verknüpft und dafür haben wir René Röske, eine gute Freundin von mir, extra für das Gespräch gewinnen können. Sie leitet den Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin und hat ein wenig über den Alltag von Juden in Deutschland berichtet. Es gab besonders viele Fragen zu den gesellschaftlichen Herausforderungen, die man als gläubiger Jude in Deutschland wahrnimmt.

Natürlich habe ich auch ein wenig über meine Arbeit im Bundestag geredet. Auch weil gestern der Otto-Wels-Preis der SPD-Bundestagsfraktion verliehen wurde, konnten wir viel über die Ausgrenzung und Integration reden. Andere Themen waren der soziale Wohnungsbau und Integrationskurse in Lünen.



Mit den Besucherinnen und Besuchern des Multikulturellen Forums e.V. aus Lünen und René Röske (2.v.r.u.v.)



Themen; Das jüdische Leben in Deutschland und die Bekämpfung von Rassismus

100 % für Martin Schulz - Gute Stimmung auf der Landesdelegiertenkonferenz in Münster



Herzlichen Glückwunsch an unseren tollen Kandidaten. Jetzt gehen wir alle motiviert in die anstehenden Wahlkämpfe. Wer sich die Rede unseres Kandidaten noch einmal anschauen möchte, findet Sie [hier](#).



Ich wünsche Euch allen ein schönes Wochenende nach dem ersten Quartal in diesem Jahr, das schon wieder wie im Fluge vorbeigegangen ist. Vielleicht macht der ein oder andere Osterurlaub! Auf jeden Fall wünsche ich allen Leserinnen und Lesern erholsame Ostertage und verbleibe herzlich grüßend.

Euer



Michael Thews, MdB